Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 419

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 22. September

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6299. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Das Arbeitsprogramm der Brüsseler Konferenz

Die Tagesordnung von Brüssel

h. **Brüssel**, 21. September.

Die Tagesordnung der Finanzkonferenz lautet: Eröffnung am 24. September, vom 26. bis 28. September Auseinandersetzung der allgemeinen finanziellen Lage. Vom 29. September bis 2. Oktober Feststellung der künftigen Finanzpolitik. Es werden der Vizepräsident Brand (England) die Frage der Staatsfinanz und Bissering (Holland) die Frage von Geld- und Wechselkursen behandeln, Jaspar (Belgien) den internationalen Handel und Celier (Frankreich) die internationale Kreditfrage. Vom 3. bis 5. Oktober werden die Kommissionssitzungen abgehalten, während vom 6. bis 8. Oktober die Endergebnisse festgestellt werden sollen.

b. **Frankfurt** (Main), 21. September.

Die Internationale Finanzkonferenz in Brüssel, die bekanntlich am 24. September eröffnet wird, findet im Akademiepalast statt, wo auch das technische Personal untergebracht werden wird. Vertreten sind 35 Staaten mit ungefähr 150 Delegierten, die den Sitzungen beiwohnen und etwa 100 Beamte mitbringen. Die Vereinigten Staaten werden sich allem Anscheine nach darauf beschränken, lediglich als Zuhörer an den Beratungen teilzunehmen. Nach der einleitenden Rede des Vorsitzenden Ador-Schweiz wird die Konferenz einen Organisationsausschuß ernennen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage eines jeden Landes soll auf der Konferenz einzeln geprüft werden, wofür die Berichte der einzelnen Länder als Grundlage dienen. Die behandelten Angelegenheiten gehen an eine Kommission, die die auf der Konferenz zutage getretenen Ansichten in einer Entschließung zusammenzufassen hat.

Die deutsche Delegation zur Finanzkonferenz verläßt morgen abend Berlin, um sich nach Brüssel zu begeben. An der Spitze derselben steht Unterstaatssekretär Bergmann, weitere Mitglieder sind: Der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft Urbig, Vizepräsident der Reichsbank von Glasenapp, Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium; als Sachverständige sind der Delegation beigegeben: Geheimer Hofrat Professor Dr. Lotz, Geheimer Oberfinanzrat Kauffmann von der Reichsbank, Geheimrat Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium.

Drohende Gefährdung der Kartoffelversorgung

Gegen die Eisenbahnerwillkür

Ein Erlaß des Verkehrsministers.

b. **Berlin**, 21. September. (Amtlich.)

Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Erlaß an alle Direktionen der Reichseisenbahn gerichtet:

Aus allen Teilen des Reichs gehen mir Meldungen und Beschwerden von Interessenten zu, daß Eisenbahnbeamte, -arbeiter, Gewerkschaften und Betriebsräte in die Beförderung der Herbstkartoffeln eingreifen, die Gestellung von Wagen hierfür verweigern oder von dem Nachweis nichtbehördlicher Genehmigung abhängig machen. Beamte und Betriebsräte haben sogar verlangt, daß mit dem Versand von Kartoffeln erst begonnen werde, wenn die Eisenbahner des betreffenden Anbaubezirkes selbst mit Kartoffeln eingedeckt seien. Ein derartiges eigenmächtiges Vorgehen von Beamten und Arbeitern der Eisenbahn kann unter keinen Umständen geduldet werden; es muß den normalen und ruhigen Verlauf innerhalb unserer Volkswirtschaft stören und katastrophale Wirkungen, namentlich für die Bewohner großer Städte und derjenigen Gebiete nach sich ziehen, die selbst keine Kartoffeln anbauen können. Es ist also auch vom menschlichen Standpunkt nicht zu billigen, wenn die Eisenbahner nur an sich denken. Es kann auch nicht gebilligt werden, daß als Vorwand für den Eingriff die beabsichtigte Ausfuhr gewisser Kartoffelmengen behauptet wird. Es ist Sache der hierfür zuständigen Behörden, zu entscheiden, ob eine derartige Ausfuhr zugelassen werden muß; meist ist sie notwendig im Interesse der Einfuhr lebensnotwendiger ausländischer Artikel. Ich veranlasse die Eisenbahndirektionen, sämtliche Dienststellen und Bedienstesten eingehend von Vorstehendem zu unterrichten und über die Folgen ihrer Handlungsweise aufzuklären. Ich habe das Vertrauen zu den Bediensteten, daß sie sich den vorstehenden Gründen nicht verschließen werden. **Sollte dies nicht gelingen, müssen auch im Interesse der Staatsautorität die Eisenbahndirektionen eingreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln nicht ernstlich zu gefährden.**

Der Verkehrsminister hat mit diesem Erlaß nur einer selbstverständlichen Pflicht genügt. Die ständigen Uebergriffe der Eisenbahner wuchsen sich schon längst zum Skandal aus und bilden eine ewige Bedrohung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Sie sind um so unerhörter, als die Mindestpreise für Kartoffeln bekanntlich noch von einem sozialdemokratischen Minister festgesetzt wurden. Hoffentlich bleibt es bezüglich der Strafandrohungen nicht nur bei schönen Worten, sondern wird endlich einmal energisch durchgegriffen.

*

In Minden liegt eine große Menge von Kartoffeln versandbereit, die von der Reichskartoffelstelle zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung von Dortmund bestimmt ist. Die Versendung kann jedoch nicht erfolgen, da die Eisenbahner die Verladung nicht zulassen.

In jüngster Zeit zeigt die Eisenbahner-Nebenregierung auch in dieser Form. Wie sie in allen Fragen des Lebens eingreifen will, zeigt folgende Entschließung der Magdeburger Eisenbahnbetriebsräte:

Die Vollversammlung der Eisenbahnbetriebsräte Magdeburgs des Deutschen Eisenbahnerverbandes, sowie Vertreter der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten beschließt aus Anlaß der hohen Kartoffelpreise, keine Beförderung von Kartoffeln mehr zuzulassen, bis eine Preissenkung eingetreten ist. Das Eingreifen der Regierung in der Preisfrage hat keine Befriedigung ausgelöst. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft sowie die Betriebsräte, speziell die der Versandabfertigungen auf, jeden Transport sowie jede Wagengestellung zu unterbinden.

Jede Zuführung von Kartoffeln zu Brennereizwecken wird von der Eisenbahnarbeiter- und -beamtenschaft verhindert werden, so lange, bis die Versorgung der Bevölkerung zu annehmbaren Preisen sichergestellt ist. Weiter fordern die Eisenbahner die Regierung auf, sofort eine Preissenkung für Kartoffeln herbeizuführen.

Weiterer Preiswucherung durch die Landwirte wird durch Versagen der Transporte Einhalt geboten. Die Versammlung erblickt in diesem Vorgehen den einzigen Weg der Besserung für die gesamte Bevölkerung Deutschlands.

Derartige Maßnahmen nehmen heute schon gar niemand mehr wunder, kann doch unter dem „glorreichen neuen Regime" jeder regieren, wie es ihm gut dünkt. Wenn aber daraufhin die Landwirtschaft zu Gegenmaßnahmen greift und Gleiches mit Gleichem vergilt, dann brennt die Welt an allen Ecken. Denn das schöne Sprichwort „Was du nicht willst, das man dir tu, das füge auch keinem andern zu" ist, dem Zuge der Zeit folgend, in „Was du nicht willst, das man dir tu, das füge jedem andern zu" umgewandelt worden.

Die Arbeiter-Transportkontrolle

Welchen Umfang die Nebenregierung annimmt, ohne daß regierungsseitig endlich einmal einschneidende Maßnahmen gegen diese überhandnehmenden Wucherungen getroffen werden, zeigt ein neuer Aufruf der Zentralstelle der Kontrollkommission zur Verhinderung des Transports von Kriegsmaterial nach Rußland in Berlin „an die Arbeiterschaft". Es heißt darin, nicht nur weiter verschärfte Kontrolle auszuüben, sondern auch „die Sendungen von Waffen und Munition der Reaktion (Einwohnerwehr und Orgesch)" anzuhalten, damit diese nicht zu „gegenrevolutionären Zwecken" verwendet werden. Ein derartiger Aufruf ist echte radikale Unverfrorenheit. Die Bürgerschaft ist längst waffenlos. Die Schreier der Linken wissen es sehr wohl, ihr Geschrei ist ja auch nur ein ganz durchtriebener Schachzug. Denn damit wollen sie der schon an und für sich gegen die Bürgerschaft argwöhnischen sozialistischen Regierung einen Weg zeigen, wie sie sich verhalten soll, wenn ja einmal eine der vielen Waffenschiebungen der Linken entdeckt wird. Denn wo heute die Waffen stecken, das weiß doch jeder, bloß die, die es wissen müßten, wollen es nicht wahr haben, nämlich bei denen, die jetzt das größte Geschrei über „reaktionäre Waffenschiebungen" erheben.

Wortlaut der Entscheidung über Eupen-Malmedy

b. **Köln**, 21. September.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Paris: Die Entschließung über die endgültige Einverleibung von Eupen und Malmedy in Belgien, die der Rat des Völkerbundes einstimmig angenommen hat, hatte folgenden Wortlaut: „Der Völkerbundrat geht in Betracht: Belgien übt die volle, tatsächliche Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy aus. Es war daher Sache der belgischen Regierung, die Bedingungen für die Volksabstimmung, wie in Artikel 34 vorgeschrieben ist, zu regeln. **Die durch die belgische Behörde angeordneten Bestimmungen stehen mit dem Geist und dem Buchstaben des Friedensvertrages im Einklang.** Das könnte nur dann nicht der Fall sein, wenn durch genaue und übereinstimmende Beweise dargelegt wäre, daß das Ergebnis der Volksabstimmung bestimmt worden ist durch Einschüchterung und Druckmittel, durch Mißbrauch der Abstimmer und durch Drohungen mit Repressalien, die den freien Ausdruck des Volkswillens behindert hätten. Die in der Absicht vorgelegten Dokumente, derartige Mißbräuche oder Manöver zu beeidigen, treffen nicht zu und sind nicht genau. Das einem belgischen Beamten zur Last gelegte Zirkular, welches Protestler aus drei Gemeinden des Kreises Malmedy mit Repressalien bedrohte, ist sofort durch den hohen Kommissar der belgischen Regierung desavouiert worden und ist nicht zur Anwendung gekommen. **In Erwägung aller dieser Tatsachen erkennt der Völkerbundrat endgültig den Uebergang der Kreise Eupen und Malmedy unter die Souveränität Belgiens an."**

Zwei Notopfer statt eines?

In diesen Tagen müssen die Steuerzahler an den Notopferaltar treten, denn die Finanzämter verlangen bis Ende des laufenden Monats die formularmäßige Erklärung, in welchem Umfange der Einzelne von der großen Vermögensabgabe Erzbergerschen Angedenkens sich getroffen erachtet. Ueber die Aufmachung der Rechnungen für das Reichsnotopfer herrschen manche abweichende Auslegungen — was bei den verzwickten Bestimmungen dieses Steuergesetzes nicht zu verwundern ist. In diese Zeit der Bedenklichkeiten wegen Erlegung des Reichsnotopfers platzt die Ankündigung herein, daß sich das Reichsfinanzministerium mit dem Plan einer Zwangsanleihe trage. Die Meldung wird zwar offiziell als unrichtig bestritten, aber doch nicht so deutlich abgewiesen, um sie als Zeitungsente anzusehen. Auch die Zwangsanleihe wird bei ihrem Erscheinen als Notopfer aufgewtzt werden; in welcher Form das auch geschehen mag, ein schwerer Eingriff in den Vermögensbestz wird das Wesen des neuen Notopfers kennzeichnen.

Soll die deutsche Wirtschaft gesunden, so müssen allerdings die immer weiter abwärts gleitenden Reichsfinanzen gestützt und wieder in die Höhe gebracht werden. Zu den wundesten Punkten gehört die schwebende Reichsschuld, die hauptsächlich aus den riesenhaft angewachsenen kurzfristigen Verpflichtungen des Reiches in Gestalt von Schatzanweisungen besteht. Von der schwebenden Schuld (am 31. März 1920 insgesamt 105 Milliarden) präsentieren sich 92 Milliarden in Schatzanweisungen, die sich etwa zur Hälfte im Besitz der Reichsbank befinden, während die andere Hälfte von den Banken und anderen Geldinstituten gegen Hergabe ihrer Depositengelder übernommen ist. Jene 92 schwebenden Milliarden sind einem gewaltigen Felsblock vergleichbar, der beim Auftreten ungünstiger Konjunkturen mit verheerender Wucht auf unsere Wirtschaft niederstürzen könnte, wenn die Reichsbank und die privaten Kreditinstitute zur Einlösung der Reichsschatzwechsel genötigt wären. Der Umlauf von Papiergeld (Ende August rund 70 Milliarden Mark) würde alsdann zu einer Ueberflutung ausarten.

Die Fortschaffung der schwebenden Schuld, um die Reichsbank zu entlasten, war für Erzberger ein wesentliches Argument für die Einsetzung des Reichsnotopfers. Die Sorge hat an Schwergewicht seitdem nicht nur nicht verloren, sondern steht heute in noch vergrößerter Gestalt vor uns, weil sich die schwebenden Schulden weiterhin angehäuft haben und leider auch fernerhin wachsen werden. Das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt läßt sich vorerst nicht beseitigen und hat zur Folge, daß das Reich fortgesetzt die Reichsbank weiter in Anspruch nehmen und dementsprechend diese Notenpresse in Tätigkeit setzen muß.

Mit Hilfe einer Zwangsanleihe, nach Meinung von Börsenkreisen in der Höhe von 50—60 Milliarden Mark, hofft man wenigstens einen Teil der schwebenden Schuld in eine fundierte umwandeln und dadurch die Sorgenlast erleichtern zu können. Das empfohlene Heilmittel würde aber dem kranken Finanzkörper keine Heilung bringen, solange die ursächlichen Uebel nicht gehoben sind: die zu kurze Einnahmedecke im Reichshaushalt und die Teuerungskrisis. Beide Momente lassen die Notenpresse nicht zur Ruhe kommen. Die notleidende Reichskasse und der ungeheure Papiergeldmengen verschlingende Warenverkehr verhindern den Abbau der schwebenden Schuld. Eine dauernde Gesundung setzt voraus, daß keine neuen schwebenden Schulden aufgenommen und keine neuen Noten mehr gedruckt werden. Da hierfür aber gar keine Sicherheit besteht, vielmehr mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß monatlich wie bisher 1—2 Milliarden neue Schulden gemacht werden, so würden wir nach Jahresschluß und nach Durchführung der Zwangsanleihe bestenfalls mit den schwebenden Schulden genau so stehen wie heute, das Nationalvermögen wäre aber um vielleicht 50 Milliarden ärmer.

Finanzielle Vorteile würden für das Reich aus der Zwangsanleihe nicht herausspringen, denn es müßte die Anleihe mit 5 Prozent verzinsen, also ebensoviel aufwenden wie bisher für die Reichsschatzwechsel. Der Geldmarkt aber würde durch die Ausschreibung einer Zwangsanleihe erst recht in die ärgste Verwirrung geßtürzt werden, er ist gar nicht imstande, die für eine Anleihe geforderten vielen Milliarden herzugeben, weil er selbst in kritischer Kapitalsklemme steckt. Für Waren und Löhne sind gegenwärtig so hohe Summen aufzubringen, daß sich die bestfundierten Unternehmungen zu Kapitalsvermehrungen in größtem Maßstabe genötigt sehen. Die flüssigen Gelder (Depositen) des Publikums in den Banken werden außerdem in den nächsten Monaten ohnehin für Steuerzwecke, wobei das Reichsnotopfer obenan steht, dermaßen herangezogen werden, daß ein verzweifelter Mut dazu gehört, in diesem Augenblick eine neue Beschlagnahme in Form einer Anleihe einzuleiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009221-10/fragment/page=0001

Der Nothaushalt angenommen

Lärmszenen im Preußenparlament — Beschlußunfähigkeit des Hauses — Eine neue Sitzung

w. **Berlin**, 21. September.

Anfragen. Abg. Dr. Reinecke (Ztr.) fragt nach der Entschädigung der bei den letzten Unruhen im Rheinland und Westfalen ausgeplünderten Bauernhöfe. Ein Vertreter der Regierung teilt mit, daß die Verhandlungen über eine Entschädigung im Gange seien.

Auf eine Frage des Abg. **Lukaschewitz** (Deutschnat.) hinsichtlich der Zulassung von Volksschullehrern zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen erklärt ein Regierungsvertreter, daß eine dahingehende Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes noch nicht in Kraft getreten sei. Eine Aenderung in diesem Sinne sei aber in Aussicht genommen.

In dritter Lesung wird hierauf die Umlegeordnung noch den Beschlüssen der zweiten Lesung mit unerheblichen Aenderungen angenommen.

Es folgt die **dritte Beratung des Kirchenaustrittsgesetzes.** Vorimeldungen liegen nicht vor.

Auf Antrag des Abg. **Dr. Hoffmann** (U. S.) muß die Schlußabstimmung namentlich erfolgen. Bei dieser Abstimmung haben beide sozialdemokratischen Fraktionen den Saal verlassen. Die Abstimmung ergibt 166 dafür und drei gegen die Vorlage.

Präsident **Leinert** stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest, schließt die Sitzung um 2 Uhr 59 Min. und beruft eine neue Sitzung um 3 Uhr ein. (Heiterkeit.)

3 Uhr Sitzung

In der neuen Sitzung wird zunächst die Vorlage zur Aenderung der Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die

erste Beratung des Nothaushalts.

Abg. **Rippel** (Deutschnat.): Durch die Taten einesteils der sozialdemokratischen Minister werden Loslösungsbestrebungen in Ost und West gefördert. (Großer Lärm. Der sozialdemokratische Abg. Peters wird wegen des Zurufs „Lümmel" zur Ordnung gerufen.) Redner fordert **Neuwahlen und schleunige Vorlegung des Wahlgesetzes.**

Abg. **Ludwig** (U. S.): Es gäbe keine größere Heuchelei, als wenn dieselbe Partei, die früher jede Regung der Volksmeinung unterdrückte, sich nun mit einmal auf die veränderte Volksstimmung berufe.

Abg. **Hauschildt** (Soz.) betont, die Ausführungen Rippels hätten nur agitatorischen Charakter. Wenn der Ruf „Los von Berlin" noch irgendwo ertöne, liege das ausschließlich an der Politik der Rechten. (Unruhe und Lachen rechts.)

Ministerpräsident Braun: Das Parlament des größten deutschen Bundesstaates hatte fünf Jahrzehnte lang eine ganz andere Struktur als der Reichstag. Da wird es jetzt wohl auch auf eine kurze Spanne Zeit nicht ankommen. Das Wahlgesetz wird demnächst vorgelegt werden. Die **verfassunggebende Landesversammlung muß mindestens solange tagen, bis die Verfassung fertiggestellt ist.**

Der Nothaushalt wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgen Anträge aus dem Hause. Ein Antrag Christenge (U. S.) fordert Mittel für die durch Wolkenbruch geschädigten Bewohner von Mansfeld.

Ein Antrag Kley (Ztr.) fordert Entschädigung der durch Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse Betroffenen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß eine gerechte Verteilung der Entschädigungen eine abschließende Feststellung der Schäden zur Voraussetzung habe. Diese würde erst demnächst vorliegen.

Der Antrag Christenge geht an den Hauptausschuß, der Antrag Kley wird angenommen.

Ein Antrag Graef (Soz.) fordert die Ueberweisung von Truppenübungsplätzen und militärischen Gebäuden zu Kleinsiedlungs- und Wohnungszwecken.

Ein Antrag Martin (Deutschnat.) fordert die Verwendung des Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld bei Wesel zu Siedlungszwecken.

Nachdem ein Regierungsvertreter das Bestreben des Wohlfahrtsministers betont, alles zu tun um den Zielen der Anträge zu genügen, dabei aber auch auf die unverhältnismäßigen Kosten der Herrichtung verwiesen hat, gehen die Anträge an den Siedlungsausschuß.

Ein Antrag Graef-Frankfurt (Soz.) ersucht die Regierung um Maßnahmen zur unverzüglichen Anstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Arbeiterschaft und um Gewährung von Zuschüssen an finanzielle schwache Gemeinden für diesen Zweck.

Abg. **Haese** (Soz.) weist zur Begründung auf die Verordnung vom 18. Dezember 18 hin. Ihre Durchführung macht es erforderlich, daß die Gemeinden und Kommunalverbände zur Stellung von Baukontrolleuren angehalten werden. Es handelt sich um einen längst gehegten und berechtigten Wunsch der Bauarbeiter.

Abg. Dällmer (Deutschnatl.): Gewiß ist Bauarbeiterschutz notwendig, aber er gehört jetzt zur Zuständigkeit der Betriebsräte. Wenn die Betriebsräte einigermaßen ihre Aufgabe ernst nehmen, müssen sie dafür sorgen, daß in jedem Betriebsrat ein fachkundiger Baukontrolleur vorhanden ist. Ein Regierungsvertreter erwidert, das Betriebsrätegesetz verfolge ganz andere Ziele. Die Baukontrolleure sind dadurch nicht überflüssig geworden. Dem ersten Teil des Antrages ist bereits durch einen Erlaß des Ministers genügt worden. Die Gewährung von Zuschüssen kommt noch nicht in Frage, da die Inanspruchnahme von Baukontrolleuren noch vielfach nebenamtlich geschieht.

Abg. **Paul Hoffmann** (U. S.) fordert im Hinblick auf die hohe Unfallziffer eine energische Durchführung der Verordnung. Der Antrag geht an den Haushaltsausschuß.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Antrag auf Hinausschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes über Groß-Berlin. Kleine Vorlagen.

Die Weißenseer Kommunistenunruhen vor Gericht

b. **Berlin**, 21. September.

Unter einem außergewöhnlich starken Aufgebot von Mannschaften der Sicherheitspolizei begann heute morgen der Prozeß gegen die an den Weißenseer Unruhen, bei denen bekanntlich ein Polizeiwachtmeister erschossen worden war, beteiligten Personen. Die Kontrolle an den Eingangstüren ist eine besonders scharfe, jeder Einlaßbegehrende wird auf das genaueste nach Waffen durchsucht.

Darauf begannen die Verhandlungen. Während den ziemlich ausgedehnten theoretischen Darlegungen entstand im Hause eine immer mehr anschwellende Unruhe. Beamte der Sicherheitspolizei liefen im Laufschritt umher, Befehle durchtönten die Hallen des Gerichtsgebäudes. Die Ursache dieser Unruhe war die um ½1 Uhr eingelaufene Meldung, daß von kommunistischer Seite in Weißensee und im Norden Berlins Plakate des Inhalts: Auf nach Moabit! Befreit unsere Brüder aus dem Kerker! angeklebt worden seien und sich Demonstrationszüge mit roten Fahnen zum Teil mit russischer Schrift auf dem Wege nach Moabit befänden. Von der Sicherheitspolizei wurde sofort der Platz vor dem Gerichtsgebäude, vor dem sich schon eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, gesäubert und abgesperrt. Die Säuberung ging ohne Zwischenfälle vonstatten.

*

Die beiden kommunistischen Parteien und die Arbeitslosen veranstalteten heute vormittag im Lustgarten eine Kundgebung gegen den Prozeß der Weißenseer Kommunisten vor dem außerordentlichen Gericht des Wehrkreiskommandos I. Sie verlangen, daß die Verhandlungen vor einem ordentlichen Gericht stattfinden sollen. Nach den üblichen Reden mit Hochrufen auf die Internationale zogen starke Massen nach dem Gebäude der „Freiheit" in der Breiten Straße und des „Vorwärts" in der Lindenstraße. Diese beiden Blätter hatten die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten vor Beteiligung an der Kundgebung gewarnt. Zu schweren Ausschreitungen kam es in Lichtenberg im Betriebe des Werkes Knorrbremse. Hier drangen die Demonstranten über die Zäune und nach Oeffnung der eisernen Tore in die Fabrikräume ein und zwangen unter Drohungen die Arbeiter zur Stillegung des Betriebes. Die Fabrik mußte geschlossen werden, wird aber morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Angst vor der Straße

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Abgesagter Straßenbahnerstreik in Berlin.

w. **Berlin**, 21. September.

Heute nachmittag hielt der Ber Ausschuß im Rathaus eine Versammlung ab, in welcher Diplomingenieur Dr. Leonhard Adler einen Vortrag hielt. Nach Schluß desselben wurde er von dem Ausschuß einstimmig zum Dezernenten für das Verkehrswesen der Stadt Berlin gewählt. Darauf erklärten die anwesenden Vertrauensleute der Straßenbahnen, daß nunmehr von einem Streik der Straßenbahner am Mittwoch abgesehen würde.

Polnische Mörder als Polizeibeamte

b. **Kattowitz**, 21. September.

Der Skandal in der von den Franzosen neugeschaffenen Abstimmungspolizei wird von Tag zu Tag größer. Jeder neue Tag zeigt mehr, daß die Polen unter stillschweigender Duldung der Franzosen notorische Verbrecher in die Abstimmungspolizei entsandt haben. Allein bei der Kattowitzer Hundertschaft sind gestern zwei Mörder entdeckt worden, die von den Polen den Franzosen zur Aufnahme vorgeschlagen und von diesen ohne nähere Untersuchung der Persönlichkeiten angenommen wurden.

Einer dieser Polen war der Mörder eines Gendarmeriewachtmeisters. Als von der Oberstaatsanwaltschaft in Beuthen die telegraphische Aufforderung zur Verhaftung des Polen, namens Bartoczi, ankam, erklärte der französische Kapitän, daß er auf Grund einer telegraphischen Anordnung niemand verhaften lassen könne. Dadurch gewann der polnische Verbrecher Zeit. Er konnte die Abstimmungspolizei verlassen und ist seitdem anscheinend über die Grenze geflüchtet. In diesem Falle wurde das Entweichen des Mörders lediglich durch das Verhalten der Franzosen ermöglicht.

In dem zweiten Falle handelt es sich um einen der Mörder des Oberwachtmeisters Wittrin, der vor vierzehn Tagen in Myslowitz verschleppt und dann ermordet war. Dieser Mörder konnte entweichen gestern noch in der neuen Uniform der Abstimmungspolizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden.

Zu einem schweren Gefecht kam es gestern in den Abendstunden in Agnesshütte. Dort fand in einem Gasthause eine deutsche Hochzeit statt, an der auch ein Wachtmeister der staatlichen (blauen) Polizei teilnahm. Plötzlich erschien ein polnischer Streifentrupp in Stärke von 20 Mann, die alle mit Revolvern bewaffnet waren. Im Augenblick entwickelte sich eine furchtbare Schlägerei, in deren Verlauf der Wachtmeister Pykar von den Polen entwaffnet, gefangen genommen und zur Wache nach Domb verschleppt wurde. Von hier aus sollte der deutsche Beamte im Laufe der Nacht über die Grenze gebracht und dort wie andere seiner Kameraden ermordet werden.

In der Nacht kam noch rechtzeitig die Meldung nach Kattowitz, von wo aus sofort eine Abteilung der Abstimmungspolizei entsandt wurde, die nach einem lebhaften Feuergefecht den gefangengesetzten Wachtmeister, der inzwischen in fürchterlichster Weise mißhandelt worden war, befreien konnte.

Die Flucht aus der Demokratie

„Die „Magdeburgische Zeitung", die früher eine nationalliberale und seit der Revolution eine demokratische Politik vertrat, teilt jetzt ihren Lesern mit, daß sie seinerzeit, als sie der demokratischen Partei ihre publizistische Hilfe geliehen habe, nicht „dem Zuge des Herzens" gefolgt sei, sondern daß ihre Schwenkung „das Ergebnis des kühl abwägenden politischen Verstandes" gewesen sei. Jetzt, da (nach über anderthalb Jahren!) „die besonderen Verhältnisse vor der Wahl zur Nationalversammlung nicht mehr beständen", ziehe sie daraus die Konsequenzen und werde fortan eine Politik unabhängig von jeder Partei treiben. — Derselbe kühl abwägende Verstand läßt also die „Magdeburgische Zeitung" jetzt von der demokratischen Partei abrücken, und ungehemmt kann sie künftig dem Zuge ihres Herzens folgen. Bemerkenswert ist, daß in derselben Nummer des Blattes der Vorsitzende des demokratischen Parteivorstandes, Schiffer, einen Leitartikel veröffentlicht."

Trotz aller Ableugnungsversuche aus demokratischem Lager, brödelt es ganz bedenklich bei dem „schwarz-rot-goldenen" Herren. Selbst das B. Z. kann sich dem nicht mehr verschließen und hält den „Abtrünnigen" die obige Trauerrede. Ja, der Herbst kommt und die Blätter fallen ohne nimmer wieder zu grünen.

Schlachtviehhandel und Fleischversorgung

Am Sonntag fand in Hannover unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär v Braun eine gemeinsame Tagung von Vertretern des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, des Fleischerverbandes und des Bundes der Viehhändler statt. Das Hauptreferat erstattete Oekonomierat Kaiser-Berlin. Um ungesunde Preisgestaltung und damit eine Schädigung weiter Volkskreise nach Möglichkeit auszuschalten, wurde einstimmig beschlossen: Die Bildung gemeinschaftlicher Anschlüsse von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, des Fleischergewerbes und der Verbraucher in den einzelnen Wirtschaftsgebieten zur fortlaufenden Beobachtung der Preisbildung und zur Feststellung und Verhinderung schädlicher Ausbüchse im Handel und in der Preisbildung; die Feststellung entsprechender Abstufungen der Vieh- und Fleischpreise auf Grund sorgfältiger Erhebungen; schließlich Bereitstellung des so gesammelten Materials für die Zwecke der Preisprüfung. Zur Wahrung der Interessen der Gesamtheit des Volkes werden die drei Berufsstände in gemeinsamer Arbeit mit den Verbrauchern durch ihre Organisationen alles daran setzen, um diesen Gesichtspunkten in den Kreisen ihrer Berufsgenossen die erforderliche Geltung zu verschaffen. Es kann dies nur erreicht werden, wenn

Zur Frage der Hallischen Volksbühne

III.

Die Volksbühne in Halle ist von Anfang an durchaus parteimäßig aufgezogen worden. Ihre Gründer sind nicht Persönlichkeiten, die „interesseloses Wohlgefallen am Schönen" befeelt, und die aufrichtig danach streben, alle Volksgenossen an den Segnungen deutscher Kunst teilnehmen zu lassen, sondern die mit der Errichtung der Volksbühnen höchst reale politische Interessen zu verwirklichen beabsichtigen. Das geht schon aus dem ersten Aufruf hervor, der nicht von Personen unterzeichnet ist, die im Kunstleben einen hervorragenden Ruf genießen, oder als große Volksbildner und Volkserzieher bekannt sind, sondern die in übergroßer Mehrzahl überhaupt kein gefestigtes Verhältnis zur Kunst besitzen, dafür aber eine um so deutlichere parteipolitische Abstempelung tragen. Es genügte diesen Männern und Frauen nicht, neben ihre Namen nur den Beruf zu setzen, sondern sie sagten ausdrücklich, welche Stellung sie im politischen Parteileben einnehmen, von wem sie beauftragt worden sind, an der Errichtung einer Volksbühne zu arbeiten. Man las da unter dem Aufruf unter anderem: Otto Kilian, Stadtrat, Vertreter des Vorstandes der U. S. P.; Albert Müller, Stadtverordneter, Vorsitzender der S. P. D.; Hedwig Krüger, Stadtverordnete, Vorsitzende der U. S. P.-Frauenorganisation; Theodor Brauns, Bevollmächtigter des Deutschen Bauarbeiterverbandes; Otto Gittel, Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes; Franz Lehmann, Bevollmächtigter des Deutschen Eisenbahnerverbandes; Karl Matthes, 1. Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes; Reinhold Simon, 2. Bevollmächtigter des Holzarbeiterverbandes; Artur Schröter, Bevollmächtigter des Buchdruckerverbandes; Emil Winkler, Vorsitzender des Kartells der freien Gewerkschaften, usw. usw. Wenn in der langen Reihe von Namen auch einige wenige rechtsgerichtete Persönlichkeiten zu finden sind, so kann dadurch das Gesamtbild auch nicht die geringste Aenderung erfahren. Denn einmal muten diese sporadisch eingestreuten Namen wie Oasen in der Wüste an, zum anderen sind ihre Träger politisch in keiner Weise hervorgetreten, und drittens sind sie in der Hauptsache wohl nur aus mangelnder Kenntnis der Ziele dieser Volksbühne unter die übrige Gesellschaft geraten. Die Volksbühne ist, wie ihr gegenwärtiges Gepräge zeigt, weiter nichts als eine demokratisch-sozialistische Konsumgenossenschaft für Theaterbetrieb.

Was diese Volksbühne bezweckt, was Volksbühnen unter der Aera des sozialistischen Kultusministeriums Haenisch überhaupt leisten sollen, ging aus dem Programmvortrage Dr. Seeligs schon recht klar hervor. Noch deutlicher aber wurde es jüngst von einem der namhaftesten Führer der Volksbühnenbewegung, einem gewissen Slekow (?!), ausgesprochen, der in der Chemnitzer Zeitschrift „Die Brücke" schrieb: „Wollen wir eine sozialistische Kultur, so müssen wir auch die Kunst und das Drama ohne Rücksicht auf Literatenmeinung und Aesthetentum mit Klassenbewußtsein ansehen und danach handeln. Keine (??) andere Kulturepoche und die sie tragende Klasse haben es anders (!!) halten können." Und an anderer Stelle in der „Brücke" ließ Slekow sich also vernehmen: „Das Mittel zum Erwerb der vererbten und zum Aufbau der neuen Werte des Theaters ist zunächst die Volksbühne. Will die Volksbühnen nicht bloß literarisches Emporkömmlingstum oder Unterhaltungsvermittlung fürs Proletariat und jenes Kleinbürgertum sein, dem der Besuch der Privat- oder städtischen Bühnen zu teuer ist, so muß sie sich auf den Klassenboden stellen, bewußt und mit allen Konsequenzen! Dies allein sichert ihr die gewünschte Wirkung! Sie darf nicht einfach nur dem literarischen Snobismus des Allermodernsten eine allseits gesehene Plattform abgeben; und sie darf nicht zur protzigen Arena des Eigendünkels einiger diktierender Bildungsbonzen hinabgewürdigt werden — nein, die wahre Volksbühne muß der Klasse dienen, die bewußt und mit ihrer ganzen sozialistischen Kraft der Träger des sozialistischen Gedankens ist; sie muß aus allen Kulturepochen und dramatischen Geschmacksrichtungen der Menschheit den sozialen Gehalt herausschälen und dem Arbeiter als Kulturbaugut vermitteln — und sie muß zu einer Hörerschaft sprechen, die ungehemmt, nach freiem, eigenem Ermessen durch selbst gewählte und stets wieder abberufbare Aemterführer ihre künstlerische und wirtschaftliche Verwaltung führt. — Durch das Einwachsen in die Kulturwelt der Vergangenheit soll das Proletariat den Stoff für den Aufbau der eigenen Geisteswelt gewinnen. In diesem Geiste soll die Volksbühne, die das edelste Gut aller Zeiten sich nutzbar machen muß, ihrem sozialistischen Kulturzweck dienen."

Die mit der Volksbühnenbewegung einsetzende Richtung erinnert lebhaft an die Literaturperiode des „Jungen Deutschlands", in der Persönlichkeiten wie Rahel Levien, Löb Baruch (Börne), Chaim Büdeburg (Heine), Karl Gutzkow, Mundt, Wienbarg und Laube eine führende Rolle spielten. Damals wurde es als die Aufgabe der Zeit bezeichnet, „die Literatur mit dem Leben zu vermitteln", und diese angeblich neue Methode, die nach der Art von Schlagworten propagiert wurde, war dem auftretenden Judentum ein wirksames Mittel zum Eindringen in die Verwaltung des geistigen Gutes der deutschen Nation. Niemals vorher ist die Literatur, wie der Literaturhistoriker Adolf Bartels in seiner Geschichte der deutschen Literatur bemerkt, so „zum Werkzeug politischen Parteitreibens gemacht" geworden, als zur Zeit des „Jungen Deutschlands". Jetzt ist es ähnlich. In der Volksbühnenbewegung lautet das Schlagwort, mit dem die Massen bekört werden sollen: „Die Kunst allem Volke!" „Aber nicht von oben dargeboten, nicht als Geschenk gegeben, nicht als Wohltat gespendet. Das Volk soll seine Organisation für Kunstpflege selber schaffen." Was ihm aber in dieser Organisation geboten werden soll, das hat Genosse Slekow in ebenso offenherziger wie dankenswerter Weise enthüllt. Man sieht immer deutlicher, daß eine gerade Linie von Rahel Levien über Karl Marx und Lassalle, über die geschäftstüchtigen Theaterdirektoren des 19. und 20. Jahrhunderts bis zu Dr. Seelig, Slekow und Leopold Sachse, zur Volksbühnenbewegung der Gegenwart führt.

Nun will die Volksbühne in Halle allein mit Demokraten und Sozialisten nicht so recht lebensfähig werden, und schon ist die vorwurfsvolle Klage darüber ertönt, daß die Angehörigen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009221-10/fragment/page=0002

der Handel mit Schlachtvieh und Fleisch wirklich frei gegeben wird, keine behördlichen Eingriffe, kein Ausfuhrverbot innerhalb des Reiches und willkürliche Verkehrsbeschränkungen dazwischen treten. Ein sofort gebildeter Hauptausschuß wurde ermächtigt, sich mit den maßgebenden Verbraucherkreisen in Verbindung zu setzen.

Freigabe der Kraftfuttermittel-Einfuhr

Auf die von dem Reichstagsabgeordneten Winterschuldirektor Hemeter-Elsterwerda an die Reichsregierung seinerzeit gestellte Anfrage, die Kraftfuttermitteleinfuhr freizugeben, um eine bessere Milchversorgung der Bevölkerung Kriegsfähigen zu können, ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nachstehende Antwort eingegangen:

Die Einfuhr der besonders wertvollen Kraftfuttermittel, Kalkuchen, Fisch- und Fleischmehl ist bereits durch Verordnung vom 5. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 906) freigegeben worden.

Die freie Einfuhr von Mais und einer Reihe von Maisabfällen ist durch eine weitere Verordnung vom 25. August 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1615) vom 1. September ab zugelassen.

Durch diese Verordnung sind zugleich die Vorschriften über die Ablieferung sonstiger etwa eingeführter Kraftfuttermittel an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte aufgehoben worden, so daß Kraftfuttermittel, die aus dem Ausland eingeführt werden, künftig im Inland frei abgesetzt werden dürfen. Die Vorschrift, daß für die Einfuhr, abgesehen von Mais und den in § 1 der Verordnung vom 25. August aufgeführten Maisabfällen, im Einzelfalle die Bewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung erforderlich ist, mußte beibehalten bleiben, um zu verhüten, daß minderwertige Futtermittel eingeführt werden.

Ruhmloses Ende eines Kapitels der Zwangswirtschaft

Am 17. August wurde im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages unter Zustimmung sämtlicher Parteien einschließlich der Unabhängigen die sofortige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Leimes und dessen Rohstoffe beschlossen. Dieser Beschluß, wie dort festgestellt wurde, einen der dunkelsten Punkte aller Zwangsbewirtschaftungen, denn unter derselben konnten wahre Orgien der Preistreiberei des Publikums gefeiert werden. Während der frühere Professor, jetzige Staatssekretär Dr. Hirsch noch in seinem Gutachten vom 26. Oktober 1918 als Leiter der Preisprüfungsstelle im Kriegswucheramt auf Grund eingehender Ermittelungen einen Knochenleimpreis von 92½ Pfennigen für das Kilogramm als sehr angemessen fand, da er dem Fabrikanten einen von ihm selbst als exorbitant bezeichneten Nutzen von etwa 4000 M. pro Wagen Leim ließ, hat dieser selbe Professor Hirsch als Staatssekretär in diesem Jahre etwa 20 M. pro Kilogramm Leim zugebilligt, obgleich er auf Grund seiner Kenntnisse wissen mußte, daß dieser Preis einem Nutzen von 15 000 M pro Waggon Leim entspricht. Dies geschah, um die Fabrikanten für eine veränderte Form der Zwangswirtschaft, die sogenannte Vertragswirtschaft, auf dem Leimgebiete zu gewinnen, und damit nach den von Staatssekretär Dr. Hirsch öffentlich bekanntgegebenen Absichten eine bürokratisch geregelte neue Wirtschaftsform zu erproben. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ferner unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums die Einfuhr von ausländischem Leim, der in Riesenmengen um weniger als die Hälfte des Inlandpreises angeboten war, verweigert.

Dem Publikum konnte infolgedessen künstlich erzeugte Leimknappheit vorgetäuscht werden und die Leimindustrie wurde auf Kosten des Verbrauchers durch exorbitante Gewinne für die neue Wirtschaftsform geködert. Als diese unerhörten Tatsachen im volkswirtschaftlichen Ausschuß bekannt wurden, erhebte er einstimmig den Beschluß, von jeder Form einer öffentlichen Bewirtschaftung des Leimes und seiner Rohstoffe Abstand zu nehmen.

Das evangelische Diakonissenhaus Posens in Liquidation. Die polnische Regierung hat, wie der „Presse-dienst" erfährt, das evangelische Diakonissenhaus in Posen als ein von Deutschen geleitetes Unternehmen unter Liquidation zu stellen beschlossen. Das evangelische Diakonissenhaus, 1866 gegründet, wurde nach wiederholten Erweiterungen im Jahre 1911 mit einem Kostenaufwand von über 2½ Millionen Mark völlig neu erbaut und in mustergültiger Weise mit allen modernen therapeutischen Einrichtungen ausgestattet. Mit dem Krankenhaus ist ein Schwesternmutterhaus verbunden, an dem bei Ausbruch des Krieges 450 Schwestern in 296 Arbeitsgebieten wirkten. Von Anfang an wurde das Krankenhaus allen Leidenden ohne Unterschied der Konfession und Nationalität zur Verfügung gestellt. Der vorliegende Beschluß der polnischen Regierung, der das Schlußglied einer Kette bisher vergeblich gebliebener Anschläge zur Besitzergreifung an dem wertvollen Objekte bildet, stellt einen schweren Eingriff in die durch das Minderheitsabkommen gewährleistete Freiheit der Religionsübung der Deutsch-Evangelischen Posens dar.

Halle und Umgebung

Halle, 22 September.

Die Mängel der Erwerbslosenfürsorge

Das Erwerbslosenproblem lastet schwer auf dem Reiche, den Ländern und den Gemeinden. Die Erwerbslosenzahlen schwellen wieder beängstigend an. Am 15. August wurden im Reiche 304 048 männliche und 107 525 weibliche, also insgesamt 411 578 Erwerbslose gezählt. Dazu kommen noch 371 599 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Dieses gewaltige Heer der Arbeitslosen, für die die Allgemeinheit eingetreten hat, ist dauernd ein beunruhigender Faktor in unserem politischen und volkswirtschaftlichen Leben. Dabei ist zu befürchten, daß mit dem Anfange des Winters weitere Stillegungen von Fabrikbetrieben erfolgen, die größere Scharen von Arbeitern auf die Straße treiben.

Mit „produktiver Erwerbslosenfürsorge" sucht man nun diesem wirtschaftlichen Schaden beizukommen. Man steckt dabei aber noch vollkommen in den Kinderschuhen. Denn das, was jetzt in dieser Hinsicht z. B. von Groß-Berlin angestrebt wird, ist in seiner Systemlosigkeit völlig unzulänglich. Statt großzügige Meliorationen anzubahnen, setzt man „Notstandsarbeiten" in Gang, deren praktischer Wert sehr gering ist und die sich vielfach als ziemlich unzweckmäßige Erdbuddeleien darstellen. Für diese Arbeiten werden allein von Groß-Berlin nahezu 1½ Milliarden Mark ausgeworfen. Man versteht die Sorge der Berliner Stadtverwaltung vor den feiernden Arbeiterscharen und erkennt auch die moralische Pflicht der Gemeinden an, das Recht auf Arbeit möglichst Wirklichkeit werden zu lassen, aber Aufgabe des Staates ist es, diese kostspielige Beschäftigung in richtige Bahnen zu lenken. Leider wird in den Parlamenten dieser Frage noch lange nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei liegt letzten Endes der Kernpunkt unserer ganzen wirtschaftlichen Zukunft. Man begreift es auch nicht, daß in Berlin sich die Arbeitslosen zu Massen ansammeln, während einige Meilen weiter die Provinz Brandenburg Menschenleer ist und im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. es Kreise gibt, die jetzt weniger Einwohner zählen als zur Zeit Friedrichs des Großen.

Das ganze bisherige System der Arbeitslosenfürsorge ist unzulänglich, bürokratisch und lückenhaft. Seine Mängel sind oft geradezu grotesk. Die Kontrolle der Erwerbslosen, die Unterstützung beziehen, ist in den Großstädten nicht ausreichend. So kommt es, daß viele Erwerbslose als fliegende Händler so beträchtliche Umsätze erzielen, daß sie die Gemeindeunterstützung gewissermaßen nur als Taschengeld einstecken. Zuweilen erhalten einzelne Familienmitglieder Unterstützung, während die Gesamtfamilie weiter verdient und Jahresträge von 50 bis 60 000 Mark erreichen. Ganz unhaltbar ist der Zustand, daß gewisse Erwerbslosenräte ihre Erwerbslosigkeit gewerbeju als Beruf ansehen und sehr unangenehm werden, wenn ihnen Arbeit angeboten wird, daß sie Erwerbslosenkongresse veranstalten und kostspielige Agitationsreisen mit Tagesspesen und womöglich noch Schlafwagenkarten unternehmen. Diese Agitation spielt ja bei der ganzen Frage keine kleine Rolle.

Bei Streiks darf keine Erwerbslosenunterstützung gewährt werden. Oft ist Unterstützung auch gezahlt worden, obwohl die Betreffenden nicht arbeitswillig waren. Arbeitslose müssen auch damit einverstanden sein, daß sie außerhalb ihres Wohnorts, z. B. in Kohlengebieten beschäftigt werden. Die Verwaltungskosten sind oft für die Arbeitslosenfürsorge ungewöhnlich hoch. So waren in einem Orte bei sechs Erwerbslosen vier Beamte in diesem Büro tätig. In einem anderen Orte sorgten 11 Beamte für 52 Erwerbslose und in einem dritten 31 Beamte für 315 Erwerbslose. Das ist Ueberorganisation und Geldverschwendung.

Das alles sind Mängel, die dringend der Abhilfe bedürfen, um so mehr, da auch die Entente scheel auf diese Millionen und Milliarden blickt und die französische Regierung behauptet, in Deutschland ziehe man geflissentlich die Arbeitsunlust groß. Dem ist gewiß nicht so. Aber an das Problem muß endlich vom Arbeitsministerium großzügig herangegangen werden, sonst brechen die Gemeinden unter der Last zusammen.

— **Ueber die Mitnahme von Traglasten in die 4. Wagenklasse** herrscht bei vielen Eisenbahnreisenden Unklarheit. Insbesondere ist die Meinung verbreitet, daß auch Gegenstände mitgenommen werden dürfen, die wegen ihres Gewichts von zwei Personen getragen werden müssen, z. B. Reisekörbe, große Koffer usw. Nach den einschlägigen Vorschriften werden aber nur solche Traglasten zugelassen, die ein einzelner Fußgänger allein zu tragen vermag. Schwere Gepäckstücke dürfen nicht mit in die 4. Klasse genommen werden, selbst dann nicht, wenn es sich um Gepäck gemeinschaftlich reisender Personen handelt, von denen jede eine Fahrkarte gelöst hat. Wenn die Traglast aus mehreren Stücken besteht, muß die ganze Last vom Reisenden allein getragen werden können. Wer hiergegen verstößt, setzt sich Unannehmlichkeiten aus. Auch sollte schon mit Rücksicht auf die häufige Ueberfüllung der Wagen 4. Kl. niemand mehr Raum durch Mitführen ungulässiger Lasten beanspruchen, als ihm bestimmungsgemäß zusteht.

— **Verzögerung der Kartoffelversorgung.** Dem Vernehmen nach bereiten die Bedarfsstellen der Anlieferung der ihnen vertraglich zugewiesenen Kartoffeln Schwierigkeiten. Während die Landwirte auf Verladung drängen, suchen einzelne Bedarfsverbände die Abnahme dadurch hinauszuzögern, daß sie die Eingabelung der Vorschüsse und die Aufgabe von Verladeadressen verzögern. Hierdurch geht kostbare Zeit verloren; die Eindeckung der Bevölkerung mit Winterkartoffeln wird dadurch gefährdet. Da die Kommunalverbände bestimmte Reserven als Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung während der Wintermonate sicherzustellen haben, erscheint es geboten, die angebotenen Kartoffeln schleunigst abzunehmen. Bei weiterem Zuwarten besteht die Gefahr, daß die Landwirtschaft zur Einmietung schreitet; für diesen Fall wäre eine Verladung dieser Kartoffeln vor dem Frühjahr nicht mehr zu erhoffen, weil die Landwirtschaft später durch die Rübenernte und die Feldbestellung stark in Anspruch genommen ist.

— **Notgeld der Kriegsgefangenenlager zu Sammelzwecken.** Die Heeresverwaltung hatte während des Krieges, um dem empfindlichen Mangel an Kleingeld abzuhelfen, für die Kriegsgefangenenlager Notgeld herstellen lassen, das nach Friedensschluß außer Kurs gesetzt und eingezogen wurde. Die künstlerische und technische Ausführung der Münzen und Scheine ist dem provisorischen Charakter des Notgeldes angepaßt und steht vielfach dem Reichsgelde nicht nach. Da dieses Notgeld erheblichen Sammlerwert besitzt, so hat das Reichsschatzministerium (Reichsverwertungsamt), dem die Bestände zur Verwertung überwiesen wurden, einen Teil davon dem Handel zugeführt. Der Verkauf, der der Firma Chun, Inhaber Bernhard Fahrig, Berlin W. 35, Steglitzerstraße 11, übertragen worden ist, hat nunmehr begonnen. Den zahlreichen Sammlern von Kriegsnotgeld wird hiermit eine sicherlich willkommene Gelegenheit geboten, ihre Sammlungen zu vervollständigen.

— **Neue Darlehnskassenscheine.** Die Reichsschuldenverwaltung beginnt demnächst mit der Ausgabe von Darlehnskassenscheinen zu 2 Mark vom 12. August 1914, die anstelle des roten Nummern- und Stempel-Aufdrucks einen solchen aus blauviolettem Farbe tragen. Die sonstige Ausführung der 2 Mark-Scheine ist unverändert geblieben.

Provinz Sachsen

g. **Aus der Elster- und Luppenaue,** 21. Sept. (Die Herbstzeitlose blüht!) In überreicher, verführerischer Pracht hat sich auf unseren Auenwiesen die Herbstzeitlose nach den kalten Nächten entfaltet. Zeitiger wie alles in diesem Jahre ist auch sie diesmal gekommen. So schön aber der Anblick wirkt, so gefährlich ist die hübsche Blume selbst. Nicht nur die Wurzel enthält ein starkes Gift, sondern auch der bitter schmeckende Same, die Blätter und die Blüten bergen das gefährliche Kolchipin. Darum können Eltern und Lehrer die Kinder nicht genug vor diesem trügerischen Kind der Flora warnen, jener fleischfarbigen Pflanze, die auf einem solchen Blütenstengel eine gleichfarbige Glockenblume trägt.

— **Roßlaidt** a. d. Orla, 18. Sept. (Erneute Herabsetzung der Fleischpreise.) Wie der Kommunalverband bekannt gibt, ermöglicht der Verzicht des Viehhandelsverbandes Thüringen in Weimar auf Erhebung einer Provision bei den zur Schlachtung kommenden Viehstücken und das weitere Anziehen der Preise für Rohhäute eine nochmalige Herabsetzung der Kleinverkaufspreise für Rind- und Kalbfleisch. Im Einvernehmen mit dem Zentralernährungsausschuß sind die Preise andernwärts wie folgt festgesetzt worden: für 1 Pfund Rindfleisch von 7,20 Mk. auf 7 Mk., für 1 Pfund Kalbfleisch von 6,60 Mk. auf 5,80 Mk., für 1 Pfund Wurst auf 6 Mk.

H.Z. Sportberichte

Rennen zu Hamburg-Großborstel

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. Elmsbütteler Hürdenrennen. 1. Rasenmaid (Lübker), 2. Lucifer. Tot.: 24. — **2. Tarpenbek-Rennen.** 1. Hellebarde (Bleuler), 2. Atinama. Tot.: 13. — **3. Auktion-Jagdrennen.** 1. Lynch Law (Lübker), 2. Helmchen, 3. Valaleita. Tot.: 259, 26, 13, 14. Ferner liefen: Robert, Nesi, Irak Arabi, Schmuck. — **4. Stiftungs-Preis.** 1. Kamille (Bleuler), 2. Liebesgott, 3. Fabrita. Tot.: 108, 20, 13. Ferner lief: Abendsonne. — **5. Borsteler Herbst-Jagdrennen.** 1. Widerstand (Brown), 2. Wardar. Tot.: 15 — **6. Duvenstedter Ausgleich.** 1. Florett (Kasper), 2. Falter, 3. Herzenier. Tot.: 30, 16, 14. Ferner lief: Otello. — **7. Poppenbüttteler Jagdrennen.** 1. Robert (Buchholz), 2. Violetta, 3 Jeschute. Tot.: 33, 16, 39. Ferner lief: Phantast.

Nationales Wettschwimmen in Halle. Der Meisterschaftsfür das am nächsten Sonntag im Stadtbade stattfindende Wettschwimmen hat die gehegten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern noch übertroffen. 31 Vereine aus 21 deutschen Städten werden um die Ehre des Sieges ringen. Ganz besonderes Interesse wird das 1. Seniorspringen erwecken. In diesem trifft sich die allerbeste deutsche Klasse. Namen wie F. Wiesel, S. Lechnir und F. Kohle sprechen für sich. Im Seniorschwimmen über 200 Meter wird der bestens bekannte H. Heinrich vom Poseidon Leipzig meisterhafte Leistungen zeigen. Heinrich ist der beste Kurz- und Mittelstreckenschwimmer Sachsens und hat bei den kommenden Meisterschaften ein gewichtiges Wort mitzureden. Eine hervorragende Besetzung haben auch die Staffelkämpfe gefunden. Nicht minder gut sind die 3 Damenwettkämpfe besetzt. Halle ist in der glücklichen Lage ausichtsreiche Bewerberinnen ins Rennen schicken zu können. Der Veranstalter — Hallescher S. V. von 1902 — hat sich auch eine gute Wasserballmannschaft gesichert, nämlich den Weißenfelser Schwimmverein.

— **Hockey-Sportfest des B. f. L.-Halle 96.** Am Sonntag vormittag fand auf dem Sportplatz am Zoo das Hockeysportfest B. f. L.-Halle 96 statt. Das erste Spiel der Damen vom B. f. L.-Halle 96 gegen Union-Sandersdorf war für die Hallenschen Damen siegreich. Das nächste Spiel zwischen den Damen des Sportklubs Weimar und des Sportklubs Wacker-Leipzig endete mit einer Niederlage der Weimarer Damen. Am Nachmittag gelang es dem B. f. L.-Halle 96 den Sportklub Weimar mit 6:0 zu besiegen. In dem darauffolgenden Spiele des Sportvereins Jena gegen Turn- und Sportverein Dessau verloren die Hallenser 4:3. Die Entscheidungskämpfe der Damen Halles gegen Wacker-Leipzig endeten siegreich mit 3:2 für Leipzig. Der Herrenentscheidungskampf zwischen Halle 96 und Sportverein Jena brachte eine Niederlage des Jenaer Sportvereins.

Sportfest der Latina. In dieser Woche begeht die lateinische Hauptschule der Franckeschen Stiftungen ein Sportfest, das Zeugnis ablegen soll von dem, was im vergangenen Sommer an körperlicher Ertüchtigung und sportlicher Erziehung geleistet worden ist. Die Vorkämpfe finden am Mittwoch, den 22. Sept. um ½3 Uhr, die Hauptkämpfe am Freitag, den 24. Sept. um 2 Uhr auf dem Sportplatz des S. V. 98 (Merseburgerstraße, Ecke Huttenstraße, Eingang Landhaus) statt. Die Eltern der Schüler, ehemalige Angehörige der Latina und alle Freunde frischen fröhlichen Jugendsportes sind dazu herzlichst eingeladen. Während der sportlichen Kämpfe selbst finden Vorträge der Schülermusikkapelle der Pensionsanstalt statt, die bereits am vergangenen Sonntag zu den Feiznis-Wettspielen der Hallenschen Volks- und Mittelschulen wesentlich zum Erfolg beigetragen hat.

---

beiden Rechtsparteien durch „gesellsinnliche Zurückhaltung" das Unternehmen in Gefahr brächten. Man kann dies Unbehagen den Gründern der Volksbühne nachempfinden. Es könnte ihnen gewiß so passen, wenn die Anhänger der beiden Rechtsparteien durch Mitgliedschaft die demokratisch-sozialistische Konsumgenossenschaft für Theaterbetrieb nicht nur finanzierten, und diese damit zu einem Instrument sozialistischer Parteipropaganda machten, sondern zum Lohn dafür infolge des Besuches der Volksbühnenvorstellungen auch noch selbst internationalistisch infiziert würden. Dadurch wären gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen worden. Im Gegenteil muß gefordert werden, daß von seiten des Volksbühnenvereins erst den beiden Rechtsparteien die entsprechende Anzahl von Sitzen im geschäftsführenden Ausschuß und künstlerischen Beirat eingeräumt wird, ehe von einem Eintritt in den Verein die Rede sein kann. Wer dem Verein ohne die Erfüllung dieser Voraussetzung beitritt, macht sich mitschuldig an der Ausbreitung der beiden international orientierten Parteien: der Demokraten und Sozialisten. Daß eine bereits vollzogene Beitrittserklärung wieder rückgängig gemacht werden kann, versteht sich von selbst.

Wenn von seiten des Volksbühnenvereins eingewendet werden sollte, daß das Programm für die erste Spielzeit noch gar nicht so schlecht wäre, da in ihm auch Namen wie Schiller und Shakespeare vorkämen, so ist darauf zunächst zu erwidern, daß doch niemand für die Einhaltung dieses Programms bürgt. Und selbst wenn es im ersten Spieljahre noch erträglich zugehen sollte, um das Bürgertum in Vertrauen zu wiegen, welche Gewähr besteht denn, daß in den folgenden Spieljahren von den Herren Kilian, Bock, Borges, Waentig u. a. nicht gefordert wird, nunmehr kommunistische Paradiesstücke, Pfarrhausromödien, Weibstenfeleien, überhaupt die Kunst „Vor Sonnenaufgang" zu pflegen, und damit die „Volksbühne" endlich ihrer eigentlichen Bestimmung, der Klassenverhetzung und der geistigen Zersetzung, zuführen?! Daß der Intendant Leopold Sachse bereitwillig auf solche Direktiven eingehen würde, hat er durch die bisherige Leitung des Stadttheaters erwiesen. Die Tendenz, die beispielsweise in dem Zyklus „Das Drama der Jugend" zum Ausdruck kam, hat in harmonischer Weise der Volksbühnenbewegung vorgearbeitet und ist in demselben Sinne als „interessloses Wohlgefallen am Schönen" anzusprechen, wie sie den Programmvortrag Dr. Seeligs als roter (!) Faden durchzog und sich in den Bekenntnissen Sklows offenbarte.

In einem der Vorträge auf der Gründungsversammlung im Stadttheater wurde die Aufforderung zum Eintritt in den Volksbühnenverein in die poetisch-erhabenen Worte gekleidet: „Tretet ein in den Tempel der Hohenpriester der Kunst!" .... der Hohenpriester wohl — aber der Kunst?

□□

*

Schon 4000 Mitglieder! Wie uns mitgeteilt wird, sind dem Volksbühnenverein bereits 4000 Personen als Mitglieder beigetreten.

— **Oberschlesische Volksbildungspflege.** Als Vorkämpfer deutscher Kultur im Osten hat der Verband oberschlesischer Volksbüchereien e. V. in Gleiwitz in einer mehr als siebzehnjährigen Tätigkeit Ersprießliches geleistet. 1300 Volksbüchereien mit 400 000 Büchern wurden begründet, die jährlich über 2 Millionen Entleihungen erzielten. Zur Wiederbelebung seiner karg gewordenen Einnahmen gibt der Verband in dem ihm angegliederten Heimatverlag Oberschlesien, Gleiwitz, soeben 16 entzückende Kunstbilder 15 : 10 in feinstem Kupfertiefdruck heraus. Die vorliegenden 2 Mappen „Unser Oberschlesien", „Das Hohelied deutscher Arbeit", kosten je 8 M. und bieten Industrieaufnahmen von ganz eigenem Reiz. In technischer Vollendung ausgeführt, werden diese besten und billigsten Wiedergaben von dem werktätigen Schaffen in den Gruben und Hütten unseres Oberschlesiens nicht nur den Heimattreuen, nein, jedem Kunstverständigen eine hohe Freude bereiten. Sie bedeuten angesichts der schwierigen Lage des Verbandes und um der deutschen Sache willen eine Tat.

— **Versteigerung einer theologischen Bücherei.** Bei Oswald Weigel in Leipzig wird am 28. und 29. September die theologische Bücherei des D. Dr. Johannes Linke-Wiederau, Abteilung „Historische Theologie", versteigert. Die Werke betreffen hauptsächlich Biographien, Deutschkatholizismus, Gallikanische Kirche, Kongiliengeschichte, Papsttum und Reformationszeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009221-10/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

*** Weitere Preisherabsetzung für Möbelschlösser.** Vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld wird uns geschrieben: Die Vereinigten Möbelschlosserverbände haben in ihrer am 14. September in Elberfeld abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, die Preise weiter herabzusetzen. Der Aufschlag beträgt nunmehr für das Inland 800 Prozent (bisher 1000 Prozent) für Schlösser mit französischer Feder und 650 Prozent (bisher 800 Prozent) für Zuhaltungsschlösser. Für Länder, nach denen in Valuta verkauft wird, greifen entsprechende Aufschläge bzw. Rabatte Platz. Der Verband für Treck- und Magazinschlösser hat ferner den Aufschlag neuerdings auf 550 Prozent für Länder mit Markberechnung festgesetzt.

Die nächste Wollversteigerung findet am Freitag, den 5. November 1920, in Berlin statt. Anmeldungen sofort an die Deutsche Wollgesellschaft, Berlin SW 68, Markgrafenstraße 77.

*** Verschiffungsgelegenheit.** Die Speditionsfirma Paul Klemtz, Bremen, teilt uns mit, daß sie günstige Verschiffungsgelegenheit nach Genua, Neapel, Messina, Catania, Piräus, Saloniki, Smyrna, Konstantinopel, Varna, Burgas, Konstanza, Batum und Poti hat. Es können außerst billige Frachten bei Verschiffung ab Bremen erstellt werden und sind etwaige Anfragen an die genannte Firma zu richten. Die Versandadresse für Transporte ist: Paul Klemtz, Bremen-Zollausschluß I, Schuppen 1, Wasserkeite.

Benz & Cie., Mannheim. Die Gesellschaft hat für ihre etwa 1800 Beamten eine Pensionskasse ins Leben gerufen, wofür die Mittel schon vor dem Kriege von der Firma zurückgestellt und von Jahr zu Jahr erhöht worden sind.

*** Elektrolytkupfer** (Notierung d. Ver. f. d. bt. Elektro-Notiz) 3848 Mark.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Das weitere nicht unerhebliche Nachgeben der Devisenpreise veranlaßte die Börsenkreise mit Käufen in Industriewerten einzuhalten. Das Geschäft bewegte sich demgemäß in ruhigen Bahnen bei fast allgemeiner Kursabschwächung. Am Montanmarkt befestigen sich die Rückgänge auf 3 bis 5 Prozent. Einige Werte wie Harpener, Rheinische Braunkohlen, Mannesmann, Hohenlohe gaben auch bis zu 13 Prozent nach. Stärker gegen die gestrigen Nachbörsenkurse gaben Phönix und Rheinmetall nach auf die heutige Meldung von dem angeblichen Scheitern der Annäherungsverhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften. Von Elektrowerten stellten sich Siemens u. Halske wieder erheblich höher, Deutsch-Ueberseeblieb behauptet, Kaliaktien hatten einen Verlust von mehr als 10 Prozent. Valutapapiere, namentlich auch Mexikan. Anleihe und Kolonialwerte waren zum Teil stark rückgängig. Im Verlaufe zeigte die Börse im allgemeinen Widerstandsfähigkeit gegen weitere Rückgänge. Vereinzelt traten Besserungen ein, doch stiegen Köln-Rottweiler und Bochumer noch über den gestrigen Stand. In den zu Einheitskursen gehandelten Papieren machte sich Abgabeneigung bemerkbar. Am Bankenmarkt stellte sich Deutsche Bank und Diskonto höher.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	21. Sept.	20. Sept.
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	280—335	280—335
„ kleine	230—270	220—280
Futtererbsen	170—184	160—180
Linsen	460—520	460—520
Peluschken	160—172	150—170
Ackerbohnen	160—175	150—170
Wicken	130—150	125—155
Lupinen	60—95	60—95
Seradella, alte	80—30	70—90
„ neue	105—120	95—120
Vicia villosa	390—400	400—410
Raps	370—375	370—375
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	370—390	370—390
Mohn	460—530	460—530
Dotter	—	—
Senfsaat	170—195	180—195
Hirse, inländische	130—180	130—180
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	77—80	77—81
Torfmelasse	65—67	65—67
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	25—27	25—27
Kleeheu	34—36	34—36
Stroh, drahtgepreßt	17—18	16—17
„ gebündelt	14—14½	14—14½
Mais, loko ab Hamburg	183	184—185
„ per	177—178	182
Kartoffeln, unsortiert	—	—
„ sortiert	28—29	28—29

Reis per 1 kg Brasil-Vollreis Sept. —,—, Okt. —,—,
Burmareis 14 tätig —,—, frei Kaiwaggon Hamburg 8,80.

Produktenbericht. Der Rückgang der Devisenkurse wirkte auch auf die Unternehmungslust nachteilig ein, so daß vielfach die Preise sich niedriger stellten, obwohl die Verkäufer an ihren Forderungen festzuhalten suchten. Das Geschäft in Futterartikeln litt unter Schwierigkeiten. Kartoffeln behaupteten ihren Preisstand. Von Hülsenfrüchten waren Ackerbohnen für den Westen begehrt.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 21. Septbr. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99³⁰/₀	2000/2100	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht oder Drahtwaren)	3550/3600
Original-Hütten-Weichblei	750—775	Zinn (Banca-Straits-Billton)	6450/6550
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	890/910	Hüttenzinn (mind. 99%)	6400
Remelted-Platten-Zink	625/640	Reinnickel (98-99%)	4800/5000
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	3300/3400	Antimon (Regulus)	950/1000
		Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	1480/1500

Devisen-Notierungen	Geld	Brief	Berlin, 21. September:	Geld	Brief
Amsterd.-Rotd.	1970.50	1974.50	New-York	63,43	63,53
Brüss.-Antwerp.	459.50	460.50	Paris	432,05	432,95
Christiania	869.10	870.90	Schweiz	1023,90	1026,10
Kopenhagen	869.10	870.90	Spanien	924,05	925,95
Stockholm	1286.20	1288.80	Wien (altes)	25,47	25,53
Helsingfors	189.80	190.20	Oesterr. abgest.	26,97	27,03
Italien	272.20	272.80	Prag	81,90	82,10
London	222.37½	222.87½	Budapest	21,22	21,28

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			
4% Deutsche Schatzscheine VI—IX	73.25	Deutsch Trenhand-Ges	1011 —
5% Deutsche Reichsanl.	79.50	Deutsche Erdöl	2050
4 „ „	68,60	Deutsche Gasglühl.	4840
3½ „ „	49.50	Deutsche Kali	424 —
3 „ „	63.—	Deutsche Waff. u. Mun.	411.50
4 Preuss. Konsols	63,70	Donnersmarckhütte	475,25
3½ „ „	55.10	Döring u. Lehrmann	185,—
3 „ „	52.90	Dürkoppwerke	140.—
4 Charl. Stadtanl. 29/36	91.75	Elberfelder Farben	411 —
4 Magdeb Stadtanl. 91/05	93.50	Engelhard Brauerei	144.75
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	10.25	Felten u. Guilleaume	460,—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	89.25	Gasmotoren Deutz	218.75
3 „ „	76.—	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96.10	Gebhardt u. König	236,—
4 Preuss. Hypo.-Bank-Pfandbriefe 1911	97.50	Gelsenkirch. Bergb.	332.75
4½ Dessauer Gas-Oblig.	— —	Glauziger Zuckerfbr.	490.—
4 „ „	90.75	Hallesche Masch.-Fabr.	558 —
Ausländ. Werte		Hann. Masch.	461.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	25,—	Harpener Berg	362,—
4 Ungar. Gold-Rente	59,50	Hasper Eisen	650.—
4 Ungar. Kronen-Rente	27.90	Hirsch Kupfer	322.50
Eisenbahn-Aktien:		Höchster Farbw.	370.50
Halberstadt-Blankenb.	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	523.—
Halle-Hettstedter	63.50	Hohenlohe-Werke	222.—
Schantungbahn	635.—	Humboldt-Masch.	212.50
Allg. Lokal-Str	18.50	Ilse-Bergbau	405.—
Gr. Berl. Str.	127 —	Kahla-Porzellan	560.—
Magdeburger Str. B.	144.—	Kaliw. Aschersleben	453.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	200.50
Hambg. Paketfahrt	186.50	Lahmeyer u. Co.	230.—
Hambg.-Südamerika	243.—	Lauchhammer	434.—
Hansa-Dampfschiff	298.25	Laurahütte	377.50
Nordd. Lloyd	184.—	Lingel. Erfurt	298.—
Banken:		Linke u. Hofmann	424.—
Bank für Thür.	159.25	Ludwig Loewe u. Co.	260.50
Berl. Handelsges.	227.—	Lothringer Hütte	327,—
Comm u. Diskontobank	175.50	Mannesmannröhren	485.—
Darmstädter Bank	155.—	Maschinenfabr. Buckau	225 —
Dess. Landesbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	267.50
Deutsche Bank	311,—	do. Caro Heg.	292.—
Diskonto-Comm.	219,—	do. Kokswerke	455.—
Dresdner Bank	185,—	Orenstein u. Koppel	319.75
Credit-Anst. Leipzig	157.50	Phönix-Bergb.	513.—
Mitteld. Kreditbank	149.—	Rhein. Metall-Vorz.	425.—
Privat-Bank	170,—	Rhein. Stahlwerke	4.0.—
Nationalbank	157,—	Riebeck. Montan.	355.—
Oesterr. Kredit	93,—	Rombacher Hütten	346.—
Reichsbank	156,—	Rositzer Braunk.	392.25
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	280.—
Schultheiss-Brauerei	280,—	Sangerhäuser Masch.	555.—
Akt. f. Anilin	410,—	Hugo Schneider u. Co.	278.—
Allgem. Elektr.-Ges.	300,—	Schuckert u. Co.	211.—
Ammendorfer Papierf.	710,—	Siemens u. Halske	338.—
Anhalter Kohlenw.	200,—	Stettiner Chamotte	312.—
Annaburger Steingut	468,—	Stettiner Vulkan	245 —
Badische Anilin	465,—	Stollberger Zinkh.	330.—
Bochumer Gußstahl	244.50	Strals. Spielkarten	413.—
Chem. Fabrik Buckau	295.75	„Terra", Samen-A.-G.	347.—
Chem. Griesheim	—,—	Thale-Eisenhütte	661.—
Chem. v. Heyden	335,—	Triptis-Akt.-Ges.	282,—
Consolidation Schalke	293,—	Türkische Tabakregie	600.—
Cröllwitzer Papierfabr.	720,—	Ver. Köln-Rottweiler	351.—
Daimler-Motoren	290.—	Glanzstoff Elberf.	544.—
Deutsch-Luxemburg	229,—	Wegelin u. Hübner	325,—
	357,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
		Westeregeln-Alkali	925,—
		Wittener Gußstahl	—,—
		Wrede-Mälzerei	169.—
		Zeitzer Masch.	506.—
		Zellstoff Waldhof	430,50
		Otavi-Minen	847.—

Tendenz: schwach.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten I. R.: Ernst Meseritschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Hetting; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil i. R.: Hans Hetting. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallescheen Zeitung, Halle a. S.

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis

Bekanntmachung.

Für den Standesamtsbezirk Beesenlaublingen ist anstelle des Schmiedemeisters Emil Becker der Gemeindevorsteher Ernst Rehländer zum Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 4. September 1920.

Der Regierungspräsident.
J. V. gez. Bolze.

Fleischpreise.

Nachtrag zu der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren vom 25. Juli 1916.

1. Der Kleinhandelspreis für das Pfund bester Ware darf nicht übersteigen für:

1. Rindfleisch
1. Rindfleisch 9.20 Mark, 2. Wurst aus Rindfleisch 9.20 Mk.
2. Hammelfleisch
1. Hammelfleisch 8.40 Mark.
3. Kalbfleisch
1. Kalbfleisch 8.00 Mark.
4. Schweinefleisch
1. Schweinefleisch 12.00 Mark, 2. Wurst aus reinem Schweinefleisch (Knackwurst und frische Wurst) 12.00 Mark.

2. Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.
Der Nachtrag vom 16. Juni 1920 wird aufgehoben.

Halle, den 13. September 1920.

Der Kreisausschuß des Saalkreises
Ad. Thiele.

Kreisabgaben für 1920.

Die Bekanntmachung vom 6. September 1920 betr. Erhebung von 120 Prozent Zuschläge zur Einkommensteuer wird infolge anderweiter Verfügung des Provinzialausschusses aufgehoben.

Halle, den 13. September 1920.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
Ad. Thiele.

Bekanntmachung.

Das von uns am 10. November 1919 erlassene Verbot der Ausfuhr von Hülsenfrüchten aus dem Saalkreise wird hiermit aufgehoben.

Halle, den 13. September 1920.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
Ad. Thiele.

Straßensperrung.

Behufs Ausführung von Walz- und Pflasterarbeiten wird die Fahrbahn der Provinzialstraße Halle—Leipzig km 7,5 bis 8,12 vom Sonnabend, den 18. September, ab gesperrt.

Der Verkehr kann bei vorsichtigem Fahren auf dem Sommerwege stattfinden.

Halle, den 16. September 1920.

Der Landrat des Saalkreises.
Ad. Thiele.

Zur Herbstwoche auf der Hallescheen Rennbahn erscheint auch wieder

„Der Jockei"

Mitteldeutsche Rennsport-Zeitung und
:·: Organ der Landespferdezucht. :·:

Sie ist die erste Hallesche Rennsportzeitung. Sie hat beim Juli-Rennen gehalten, was sie versprach. Sportleute, wartet mit Euren Entscheidungen bis der „Jockei" mit seinen Voraussagen erschienen ist. Er bringt auch dieses Mal wieder sichere Tips für die Hallescheen Rennen. :: :: :: Unsere Mitarbeiter sind laufend über den Stand des Trainings und die voraussichtlichen Pferde unterrichtet. Jeder Rennbahnbesucher liest nur den „Jockei".

Er erscheint heute Mittwoch!

Anna Nissens Traum

19] Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

„Heute abend kommen Sie mir aber nicht so rasch davon," sagte er freudig bewegt. „Ihre Mutter ist eben im Koog angekommen. Vor zehn kommt die nicht zurück."

„Nun, solange wollen Sie sich doch hoffentlich nicht bei mir langweilen." Anneline war ein bißchen verlegen und das Rot ihrer Wangen wurde einen Ton dunkler. Zu beiden Teilen des schmalen Weges wuchsen Wasserweiden an den Gräben, deren biegsame, dichtblätterige Zweige sich oben vereinigten und so einen Laubengang bildeten, in dem die weiche, grüne Dämmerung des Sommerabends sich bereits zur Dunkelheit verdichtete. Und weil der Weg so schmal und dunkel war, gingen beide dicht nebeneinander, und Anneline machte keine Einwendungen, als Helmut ihre Hand ergriff und sie selbst dann in seine Arme zog. Der Sielenweg mündete auf den Deich. Seitwärts lag das Poggenloch, ein rundes, dunkles, schilfbestandenes Wasser, still und klar wie ein eingelassener Spiegel.

Am Deichhang setzten sie sich in das weiche, hohe Gras. Ringsum war eine große, feierliche Abendstille. Keine Menschenseele sichtbar. Lange weiße Schwaden zogen hauchartig über das samtene Grün der Fennen. Sommerabendodem. Zuweilen stieß ein Windzug in das Schilf, daß es geschwätzig hin und her wogte, aufrauschte, summte und schlirrte, und ein feiner Kräuterduft wie von Kraueseminze und meergetränkten Helliggräsern schwebte in der Luft.

„Bleiben Sie lange zu Hause, Herr Andersen?" fragte Anneline beklommen.

„Leider nicht mehr lange, heute schreibt mir ein Kunsthändler aus Hamburg, daß er ein Bild von mir verkauft hat und stellt mir einen neuen Auftrag in Aussicht. Eine [illegible] will sich von mir porträtieren lassen, und da die Stimmung [illegible] wie jetzt, [illegible] Geschäft noch Brot geht und der Auftrag lohnend ist, bleibt mir nichts anderes übrig, als mein Bündel zu schnüren und zu wandern. Und gerade jetzt wäre ich so gern geblieben."

„O — ich wollte, ich könnte auch wandern," sagte Anneline mit einem sehnsüchtigen Blick in die Ferne, „ich mag nicht mehr zu Hause sein."

Der Maler hatte sich wieder ihrer Hand bemächtigt, nahm sie, betrachtete sie und drückte einen langen, weichen Kuß auf die hübsch geformten Fingerspitzen. Anilin wandte das Gesicht ab; ein heißes, stürmisches Glück brauste durch ihre Adern. Sekundenlang versagte ihr der Herzschlag, um in der nächsten Sekunde im Sturmtakt einzusetzen. Sie wagte nicht, den Mann anzusehen, in der Angst, sich zu verraten.

„Komm mit, Anilin . . ." wiederholte leise die einschmeichelnde Stimme dicht an ihrem Ohr. „Ich liebe dich, Anilin . . . wahrhaftig, ich liebe dich . . ."

„Ach, gehen Sie — ich glaube Ihnen nicht," sagte Anneline, und ihre Stimme klang heiser vor Aufregung und verhaltenem Jubel, „was liegt Ihnen an einem so einfältigen Landmädchen wie mir! Sie haben sicher draußen viele schöne, elegante Damen kennen gelernt . . ."

„Gewiß, Anneline, aber ich hatte von jeher eine Vorliebe für die Feldblumen, die lieben, fröhlichen, bunten, die so viel tausendmal herziger sind als die stolzen, künstlich gezogenen Garten- und Treibhausblumen. Anneline — süße, einzige, glaube mir doch, daß ich dich liebe . . . komm mit mir! Sei mein . . . sei mein . . ."

„Ach Gott, das Glück . . ." murmelte das Mädchen und schmiegte sich mit leidenschaftlicher Inbrunst in die stark und fest sie umfassenden Arme des jungen Künstlers . . .

Ueber den Deichkamm blies der Westwind, der den frischen, salzwürzigen Duft des Meeres mit sich führte, und das Schilf brauste stärker als zuvor, und ein Zug weißer Möwen rauschte durch die Luft; Akkorde des Lebens in der Sabbatstille des Schöpfungsfriedens.

„Die Eltern werden es nie zugeben — nie!" Anneline strich die wirren, blonden Haare aus der Stirn; „die Mutter würde uns umbringen, wenn sie uns hier fände."

„Ach, wie und wo," lachte der Maler fröhlich, „wie wird sie denn! Ich komme morgen hin und halte in aller Form um meine Anneline an. Mehr als mich rausschmeißen können deine Eltern nicht, freilich dann . . . ja, was dann, Anilin . . .?"

Sie schüttelte den Kopf. „Was du willst, Helmut . . ."

„Dann brennen wir durch . . . gehst du mit mir?"

„Ja," sagte Anneline, „wenns nicht anders sein kann, gehe ich mit dir, wohin du willst. Und ich würde mich nicht umschauen und es nie bereuen . . ."

Helmut preßte das dunkle Köpfchen fester an sich; ein Schatten lief über sein helles Gesicht.

„Wirklich nie, Anni? — So beschaulich wie des Marschbauern Dasein ist unser Künstlerleben nicht. Wir haben nicht die gleichmäßige, blühende Weide und das sorgenlose Einerlei der Tage wie hier die Besitzer der Höfe. Künstlerleben geht über Höhen und durch Tiefen. Wir haben Zeiten, wo wir uns wie Könige fühlen, und wiederum Zeiten, wo uns der graue Geist der Sorge verfolgt und uns die hundert kleinen Widerwärtigkeiten des Lebens quälen und niederdrücken und die Arbeitsfreude lähmen. An dem allen mußt du als Künstlerfrau teilnehmen. Es fällt mir schwer, dir das zu sagen. Ich möchte dich in dieser Stunde nur an mich drücken und dich küssen und dir tausend liebe Worte ins Ohr flüstern. Aber ich darf nicht dein Vertrauen mißbrauchen und dich mit verbundenen Augen in eine fremde Welt führen, in der dich leicht Enttäuschungen auf dich warten . . ."

„Enttäuschungen? — Nein." Anneline schüttelte den Kopf. „Glaubst du, daß das satte Dasein auf dieser „blühenden Weide" — du denkst bei dem Vergleich an unsere nahrhaften Vierfüßler — mich befriedigt? Ich komme mir ganz schlecht und charakterlos vor — aber es ist wahr: ich habe gar keine Heimatliebe. Die Fäden, die mich an meine Elternhaus knüpfen, sind so rein äußerlich und deshalb so locker, da kein richtiges inneres Band, das mich festhielt. Ich bin ganz aus der Art geschlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009221-10/fragment/page=0004